

## ***FW Landkreis Kassel - Kreistagsfraktion***

### **Statement Teil 2 der Kreistagssitzung vom 20. Juni 2012 zu TOP 11 Kreis- und Schulumlagererhöhung**

Der Landkreis Kassel führt Klage gegen die vom RP als Aufsichtsbehörde verlangte Erhöhung der Kreisumlage. Dabei geht es um den Haushalt 2010. Der Haushalt 2011 ist an die Entscheidung gekoppelt.

Die Mehrheit dieses Hauses hat sich im Februar dieses Jahres erneut gegen eine Erhöhung ausgesprochen. Wir Freie Wähler auch. Das Verwaltungsgericht Kassel hat uns durch sein Urteil bestärkt, indem es klargestellt hat, dass wir nicht verpflichtet werden können, die Umlage zu erhöhen, sondern dass dies in unsere Zuständigkeit als Teil der kommunalen Selbstverwaltung fällt. Deshalb plädieren wir an alle, die im Februar diesen Beschluss mitgetragen haben, nicht an dieser grundsätzlichen Einstellung zu rütteln, wenn die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit von getroffenen Entscheidungen nicht verloren gehen soll.

Was hat sich seit unserer Beschlussfassung im Frühjahr, die Kreisumlage nicht zu erhöhen, verändert? Die Kommunen haben, ebenso wie der Landkreis, nach wie vor große Probleme, ihre Ausgaben von ihren Einnahmen zu bestreiten. Strenge Haushaltsdisziplin ist auch weiterhin angesagt.

**Eine Kreisumlagererhöhung, verbunden mit der Koppelung an eine letztendliche richterliche Entscheidung wird nach wie vor unser Haushaltsdefizit nicht verringern. Denn wir müssten die Einnahme einer Rückstellung zuführen**, um im Falle eines Klageerfolgs, das Geld zurückzahlen zu können. Die Mehreinnahme könnte also nur bedingt, in Form eines Kredites an uns selbst, zur Ausgabendeckung herangezogen werden.

Der RP **verfügt** nach dem Verwaltungsgerichtsurteil nun nicht mehr, sondern er **empfiehlt**, die Kreisumlage anzuheben.

Der größte Hammer aber ist, dass er, bei einem Erfolg unserer Klage auch in der letzten Gerichtsinstanz, verlangt, dass wir die Rückzahlung an die Kommunen in Frage stellen müssen.

Wenn diese Vorlage, einschließlich der Absichtserklärung, die Kreisumlage 2013 festzuschreiben, der Mehrheitswille dieses Hauses wird, dann sollte diese Mehrheit auch so konsequent sein, unsere bisher erfolgreich geführte Klage gegen die uns vom RP aufgezwungene Kreisumlagererhöhung zurückzuziehen und klar sagen, dass diese Klage nur ein Täuschungsmanöver in der Hoffnung war, vor Gericht zu unterliegen, um dann den „schwarzen Peter“ weiterzuschieben zu können.

Wir bleiben bei unserer Zielvorgabe: Keine Sanierung des Kreishaushaltes zu Lasten unserer Kommunen, sondern Gemeinsam Kreis- und Gemeindehaushalte handlungsfähig gestalten. as Äußerste, was wir bereit sind mitzutragen, um die Aufsichtsbehörde zufriedenzustellen, kommt in unserem Antrag zum Ausdruck. Erhöhung der Kreisumlage nur in Verbindung unserer Klage, analog dem Verfahren beim Haushalt 2011.

„Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ ist nicht unser Motto und an solchen Maßstäben wollen wir uns auch nicht messen lassen müssen. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit sind für uns Charaktereigenschaften, die wir auch nicht bereit sind, dem Politikbetrieb in diesem Kreistag zu opfern.

Ich kann mich noch gut an das Zustandekommen der letzten Kreisumlageerhöhung im Jahre 2006 erinnern, die ich damals nicht als Kreistagsmitglied sondern als interessierter Kommunalpolitiker wahrgenommen habe. Seinerzeit war im Kreistag zunächst über die Vorgabe der Aufsichtsbehörde, die Kreisumlage zu erhöhen, auch helle Aufregung.

Mit „Vehemenz“ wollte sich die SPD gegen die Erhöhung einsetzen. Widersinnig sei eine Erhöhung, die dem Landkreis nicht helfe, den Städten und Gemeinden aber empfindlich schade. Der damalige Landrat kündigte das ausschöpfen aller Rechtsmittel an. Die CDU-Fraktion wollte eine Erhöhung der Kreisumlage vermeiden und pochte stattdessen auf Einsparpotenziale bei den Ausgaben. Auch die GRÜNEN plädierten damals dafür, eine Lösung zu finden, die auch für die Kommunen noch vertretbar ist. Die FDP sagte, Ausgaben zu senken seien besser, als die Umlage zu erhöhen.

Was dann damals dabei herauskam, hier noch mal zur Erinnerung: „Schweren Herzens“ hat der Kreistag damals der Erhöhung der Kreisumlage dann doch noch zugestimmt, nachdem der RP nicht mehr auf einer Erhöhung für das Jahr 2005, das war ja auch schon fast vorbei, sondern erst ab 2006 bestand. Das Ziel, eine Defizitverringerung im Kreishaushalt gegenüber dem Vorjahr, wurde übrigens nicht erreicht.

Bei dem damaligen Beschluss konnte der Kreistag den „schwarzen Peter“ noch der Genehmigungsbehörde zuschieben, die nachweislich die Erhöhung verlangt hatte. Das ist heute anders. Heute kann sich Niemand in diesem Hause hinter der Genehmigungsbehörde verstecken.

Die letzte Kreisumlagerhöhung hat genau so wie die vorhergehenden nicht verhindert, dass der Landkreis weiter in die roten Zahlen gerutscht ist. Auch die heute anvisierte Erhöhung allein wird diesen Übelstand nicht beheben.

Der Landkreis wird sich nicht dadurch retten lassen, indem er seinen Kommunen weiter das Wasser abgräbt.

Gemeinsam mit unseren Kommunen sollten wir alles tun, dass sie wirtschaftlich besser da stehen können. Denn geht es ihnen wieder besser, werden wir durch eine höhere Kreisumlage daran partizipieren, **ohne** den Umlagesatz verändern zu müssen.

Wenn wir unsere Einsparpotenziale ausgeschöpft haben, muss die Stoßrichtung der Gesetzgeber sein, der dafür sorgen muss, dass der kommunale Bereich seine Selbstverwaltungsaufgaben wahrnehmen kann. Ansonsten wird der Kreistag weiter in regelmäßigen, wahrscheinlich immer kürzeren Abständen die Kreisumlage erhöhen, und unseren Kommunen immer mehr Gestaltungsspielraum nehmen.

**Wie weit**, meine Damen und Herren Kreistagsmitglieder, wollen Sie diesen Weg gehen? Die Höchstgrenzen werden immer wieder nach oben korrigiert! Diesen Weg müssen Sie **ohne** uns Freie Wähler gehen. So verstehen wir unser Mandat nicht.

Wir Freie Wähler setzen ein Zeichen für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung, indem wir der Beschlussvorlage des Kreisausschusses nicht folgen.